

ANTRAG 9

der **NÖAAB-FCG – AK Fraktion**
an die **9. AK-NÖ Kammer-Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode**
am **15. November 2012**

Keine Anhebung des Pensionsalters auf über 65 Jahre

Die Sozialversicherung stellt eine tragende Säule des österreichischen Sozialstaates dar. Das Umlageverfahren in der Pensionsversicherung darf nicht in Frage gestellt werden. Es ist ein solidarisches System, welches ursprünglich auf einer Drittelfinanzierung - Bund, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – aufgebaut wurde.

Das österreichische Pensionssystem ist mehrfach reformiert worden und hat stets mit Umsicht die Möglichkeit der langfristigen Finanzierbarkeit verfolgt.

Mit der schrittweisen Einführung des „Allgemeinen Pensionsgesetzes“, das im Endausbau eine lebenslange Durchrechnung beinhaltet und eine klare Nachvollziehbarkeit für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler bringt, ist eine langfristige Perspektive geschaffen worden.

Solange das faktische und das gesetzliche Pensionsantrittsalter so weit auseinander liegen, ist es keinesfalls notwendig das gesetzliche Pensionsantrittsalter zu erhöhen.

Die von den Sozialpartnern gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters, insbesondere die Reformen bei der Invaliditätspension und der Pension wegen langer Versicherungsdauer, sind der richtige Weg um das Pensionssystem weiterzuentwickeln.

Vielmehr brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze und Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zur Pensionierung im Betrieb behalten. Wer auf Grund vieler Beitragsjahre 40 bzw. 45 Jahre lang einbezahlt hat, soll auch einen Vorteil haben, wenn er in Pension geht.

Die NÖAAB-FCG AK-Fraktion stellt in der 9. Vollversammlung der XIV. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag, die Bundesregierung aufzufordern das Regelpensionsalter beizubehalten. Jene Versicherten mit besonders langen Beitragszeiten (40/45 Jahre) müssen mit weniger Abschlägen auch in Zukunft berücksichtigt werden.